



PERSONALRATSWAHLEN 2015

Hohe Wahlbeteiligung ist wichtig!

Ein Wahlaufruf vom GdP-Landesvorsitzenden Manfred Börner

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in gut fünf Wochen ist es soweit. Exakt am 11. Mai werden in der schleswig-holsteinischen Landespolizei mit ihren rund 8300 Beschäftigten der Hauptpersonalrat der Polizei sowie in den Polizeidirektionen Kiel, Lübeck, Ratzeburg, Itzehoe, Bad Segeberg in der PD AFB sowie im Landespolizeiamt und Landeskriminalamt örtliche Personalräte für eine vierjährige Amtszeit neu gewählt. Die Vorbereitungen des Hauptwahlvorstandes mit dem Vorsitzenden Horst Winter laufen bereits. Gleichzeitig stehen, außer in Lübeck und Flensburg, am 19. Mai auch die Wahlen der örtlichen Personalvertretungen in den Justizvollzugsanstalten an. Auf Landesebene werden die Justizvollzugsbeamtinnen und -beamten gemeinsam mit allen anderen Justizbeschäftigten sowie der anderen Zweige, die dem Ministerium von Anke Spoorendonk zugeordnet sind, ebenfalls in einem Hauptpersonalrat vertreten sein.

Anders als noch vor vier Jahren ist die Zahl der Mitglieder von Personalratsgremien wieder angehoben worden.

Mit diesen Beschlüssen der jetzt amtierenden Landesregierung worden die Positionen von Personalvertretungen und damit deren und eure Positionen wieder gestärkt.

Was bedeutet das in der konkreten Auswirkung?

Der Hauptpersonalrat der Polizei wird damit künftig wieder aus elf Mitgliedern (zuletzt neun Mitglieder) bestehen. Zehn Beamtinnen und Beamten sowie ein/e Tarifbeschäftigte/r werden folglich das Gremium bilden. Dies gilt ebenso für die örtlichen Personalräte mit Ausnahme des Personalratsgremiums in der Polizeidirektion Itzehoe.

Unverändert wichtig ist aber die Notwendigkeit einer hohen Beteiligung bei den anstehenden Personalratswahlen.

Und diesen Personalratswahlen kann sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) durchaus selbstbewusst stellen. Die GdP in Schleswig-Holstein hat sich auch in den vergangenen Jahren als starke Gewerkschaft unter Beweis gestellt, sich immer wieder kritisch zu Wort gemeldet und in unzähligen Aktionen ihre Kampagnenfähigkeit unterstrichen hat. Und dies für **alle** Beschäftigten in der Landespolizei. Die Gewerkschaft der Polizei hatte und hat stets die gesamte Landespolizei im Blick. Und als Interessenvertretung mit den bei beziehungsweise in ihr organisierten Menschen repräsentiert die GdP die Landespolizei die Beschäftigten **aller** Sparten und Laufbahngruppen. Dieses Engagement und die Stärke der GdP ist in den vergangenen Jahren mit einem erheblichen Mitgliederanstieg honoriert worden. Und um eine starke Personalvertretung exakt für diese Beschäftigten geht es bei den Personalratswahlen. Nach Auffassung der GdP als Berufsvertretung der Polizei, sind Geschlossenheit und Gemeinschaftsgefühl nach wie vor die große Stärke der Landespolizei, elitäre Haltungen und Gedanken zersplittern und schwächen sie und dürfen keinen Platz finden. Geschlossenheit und Gemeinschaftsgefühl sind eben auch das, was die Gewerkschaft der Polizei in Schleswig-Holstein ausmacht. Ausgrenzen ist der GdP gerade deshalb genauso fremd wie die Konzentration auf ein Klientel beziehungsweise das Hervorheben einer Gruppe in der Landespolizei. Die Gewerkschaft der Polizei ist zudem Mit-



Manfred Börner bei einer Protestveranstaltung der GdP. Foto: Gründemann

glied in der Großen Tarifkommission und damit **unmittelbar** an Tarifverhandlungen beteiligt. Auch das unterscheidet uns im Wesentlichen von anderen polizeilichen Berufsverbänden.

Und wir brauchen auch in Zukunft Personalräte, die sich – mit einem starken gewerkschaftlichen Rückhalt – nachdrücklich und engagiert eben für die Interessen aller Kolleginnen und Kollegen und deren dienstlichen, sozialen und persönlichen Belange einsetzen. Die Personalräte bedeuten für uns und euch, den „Fuß der GdP“ in der Dienststelle zu haben.

Und die Zeiten werden auch für die Landespolizei und den Justizvollzug absehbar noch unruhiger und rauer. Der aktuelle Stellen- und Personalab-

Fortsetzung auf Seite 2



Wer wenn nicht **WIR!?**
Personalratswahl am 11.05.2015



Fortsetzung von Seite 1

bau ist nur ein trauriges Beispiel, dass von dieser rot-grün-blauen Landesregierung nicht viel Gutes zu erwarten ist. Die Entschlossenheit der Landesregierung um Ministerpräsident Albig unterstreicht aber, wie wichtig es ist, die Umsetzung des Stellen- bzw. Personalabbaus im Sinne der betroffenen Kolleginnen und Kollegen durch Personalräte begleiten zu lassen. Auch die Schlagzahl beim Einsatzgeschehen hat spürbar zugenommen und ruft bei der Mitbestimmung von Einsatzkonzepten bei der Frage von Einsatz- und Ruhezeiten sowie Unterbringungs- und Versorgungsfragen immer häufiger die Personalvertretungen auf den Plan. Und ebenso bei der Organisationsentwicklung kann und wird unser GdP-Bild einer

bürgernahen Polizei durch die Einflussnahme des Hauptpersonalrates in Verbindung mit den örtlichen Personalräten maßgeblich beeinflusst. Nicht zuletzt mit der öffentlichkeitswirksamen Belastungskonferenz im November vergangenen Jahres haben wir unterstrichen, dass die GdP das Ohr an der Basis hat. Das was die Kolleginnen und Kollegen dort vorgebracht haben, werden wir als Berufsvertretung der Polizei nicht nur für die politischen Forderungen nutzen. Vieles kann auch durch personalrätlichen Einfluss, beispielsweise für Dienstvereinbarungen mit Amts- und Behördenleitungen, genutzt werden.

Da ist es umso bedeutsamer, in den kommenden vier Jahren Personalräte aufzustellen, die gestärkt mit eurem Vertrauen und damit auch mit eurer Stimme den anstehenden Herausforderungen trotzen können.

Wie in den vergangenen Jahren wird die Gewerkschaft der Polizei wieder kompetente Kandidatinnen und Kandidaten für den Beamten-

und Tarifbereich ins Rennen schicken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letztlich habt ihr es buchstäblich in der Hand!

GdP – Wer, wenn nicht WIR?! – deshalb bitte ich alle Beschäftigten der Landespolizei und des Justizvollzuges:

Beteiligt euch an den Personalratswahlen und schenkt eure Stimme den Kandidatinnen und Kandidaten der Gewerkschaft der Polizei – am besten mit der Superstimme!



Anm. d. Red.: Die Spitzenkandidaten für die Superstimme bei der Wahl zum Hauptpersonalrat der Polizei, die anlässlich der Landesvorstandssitzung im Januar ausgewählt worden sind, werden auf den folgenden Seiten des DP-Landesjournals benannt!

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 5/2015:
Donnerstag, 2. April 2015



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

PERSONALRATSWAHLEN – SUPERSTIMME

Wie geht das noch mit dem Superkreuz?

Am 11. Mai 2015 werden bei der Landespolizei die Personalvertretungen gewählt.

Alle Beschäftigten sind aufgerufen, ihre Interessenvertretungen zu wählen.

Die Wahlvorstände haben in vielen Bereichen Briefwahl angeordnet und somit habt Ihr bereits Ende April Eure Wahlunterlagen vorliegen.

Die GdP hat zu den Wahlen ihre Wahlvorschlagslisten eingereicht und immer dann, wenn mehrere Listen eingereicht worden sind, kann die Wählerin oder der Wähler mit dem sogenannten Superkreuz abstimmen.

Geregelt ist dies im § 28 Abs. 4 der Wahlordnung zum Mitbestimmungsgesetz.

Für die Wahl zum HPR-Polizei wählt man mit dem Superkreuz die ersten zwei Kandidatinnen und die ersten acht Kandidaten der GdP-Liste. Es geht keine Stimme verloren.

Kandidatinnen und Kandidaten, die über die Regionalgruppen bzw.

von den Fachausschüssen und Personengruppen gemeldet wurden, haben sich am 20. Januar 2015 im Landesvorstand zur Wahl gestellt und der Landesvorstand als höchstes GdP-Gremium zwischen den Delegierten tagen hat die Reihung festgelegt.

Der Landesvorstand berücksichtigt somit Erfahrung, Regionalität, Laufbahnzweige, aber auch den Nachwuchs.

Wir wollen durch engagierte und professionelle Personalratsarbeit erfolgreich und nachhaltig die Ziele der GdP verwirklichen.

Deine Stimme für die GdP-Liste, also einfach das Superkreuz nutzen!

Wer, wenn nicht WIR?!

Andreas Kropius,
Stellvertretender Landesvorsitzender



PERSONALRATSWAHLEN

Unsere Kandidaten für den Hauptpersonalrat der Polizei



Mit diesen Kandidatinnen und Kandidaten in der „Superstimme“ tritt die GdP bei der Wahl zum Hauptpersonalrat der Polizei an (von links): Vordere Reihe: Kristin Stielow, Norina Gloy-Leinweber, Imke Kalus. Mittlere Reihe: Andreas Kropius, Heinz Möllers, Thomas Gründemann und Axel Dunst. Hintere Reihe: Torsten Jäger, Ludger Mers, Manfred Börner, Michael Koettlitz und Jan Schmidt.

Kiel/tgr – Nachfolgend stellt das DP-Landesjournal das Team der GdP-Superstimmenkandidaten für die bevorstehende Wahl zum Hauptpersonalrat vor und beantworten die Fragen, was sie sich von ihrer Mitarbeit im Hauptpersonalrat der Polizei versprechen und wo sie ihre Schwerpunkte setzen wollen.

BEAMTINNEN

Imke Kalus, 40 Jahre, ledig. PHK'in, seit 1995 bei der Landespolizei (ursprünglich aus Niedersachsen). PD Bad Segeberg:

„Von meiner Mitarbeit im Hauptpersonalrat verspreche ich mir, dass ich meine Schwerpunkte wie die Optimierung der Modalitäten unserer Einsatzkräfte in Großlagen, eine Verbesserung der Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie das Thema Gesundheitsförderung fortführen und weiterentwickeln kann.“

Sowohl über die Gleichstellungsarbeit als auch diverse Netzwerke (ENP, IAWP) sowie die Gewerkschaft konnte ich bereits in der Vergangenheit einen ‚Blick über den Tellerrand‘ werfen und mich so nicht nur mit den Wünschen und Anliegen der Kolleginnen und Kollegen unmittelbar vor Ort, sondern auch auf bundes- und europäischer Ebene beschäftigen. Es ist mir wichtig, funktionierende Projekte aus anderen

Bundesländern auch hier voranzutreiben bzw. mitzugestalten“.

Kristin Stielow, 39 Jahre, ledig. PHK'in, seit 1995 bei der Polizei. PD Flensburg:

„Ich trete an, um mich einzumischen, um für Gerechtigkeit und Transparenz zu kämpfen und um so die Zukunft unserer Polizei mitzugestalten. Ich stehe für mehr Wertschätzung der Arbeit aller Kolleginnen und Kollegen, insbesondere derer, die auf der Straße ihren Dienst versehen – ich möchte über unsere Probleme nicht nur reden, sondern zu ihrer Lösung beitragen.“

BEAMTE:

Manfred Börner, 56 Jahre, verheiratet, zwei erwachsene Töchter, EPHK. PD Ratzeburg:

„Die Motivation zur erneuten Kandidatur leitet sich ab von meinem Amt als GdP-Landesvorsitzender, zu dem ich im November 2013 gewählt worden bin. Dieser sollte Sitz und Stimme im Gremium haben. Bei der Personalratsarbeit geht es ausschließlich um das Wohl aller Beschäftigten der Landespolizei. Ich bin davon überzeugt, dass dies nur mit der eigenen Einbindung in einer Gewerkschaft erfolgen kann, womit deren Interessen gestärkt werden. Hilfreich sind mir dabei insbesondere auch meine täglichen Erfahrungen auf

der Dienststelle. Sie helfen mir immer wieder aufs Neue, die wichtigen Dinge des beruflichen Alltags zu erkennen und in den Mittelpunkt der Bewertung und Entscheidung zu stellen. Diese Nähe zur Polizeiarbeit sowie meine Erfahrungen und die gewerkschaftliche Einbindung bilden für mich eine gute Grundlage, um für den Hauptpersonalrat der Polizei zu kandidieren und mich dort einzubringen.“

Andreas Kropius, geb. Scheidel, 49 Jahre, Wasserschutzpolizist, PK (pf), seit 1982 bei der Polizei, verheiratet, zwei Töchter (22 und 19). Breitenburg:

„Ich möchte weiterhin meine langjährige Erfahrung als Personalvertreter und Gewerkschafter in die tägliche Interessenvertretung einbringen und meine über Jahre aufgebauten Netzwerke zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen nutzen. Ich möchte die Stimme des mittleren Dienstes sein und natürlich weiterhin die Stimme der Wasserschutzpolizei. Als Stellvertretender GdP-Landesvorsitzender und Mitglied des GdP-Bundesvorstandes will ich für die Umsetzung gewerkschaftlicher Ziele, insbesondere für eine anforderungsgerechte Bezahlung in der Landespolizei Schleswig-Holstein einsetzen. Ich möchte mich im Team GdP für die Belange der Kolleginnen und

Fortsetzung auf Seite 4



PERSONALRATSWAHLEN

Fortsetzung von Seite 3

Kollegen einsetzen und die angesprochenen Themen wie z. B. Erschwerniszulagenverordnung, Gesundheitsmanagement und Gewalt gegen Polizeibeamte weiter voranbringen. Also mit einfachen Worten: „Ich habe noch nicht fertig!“

Thomas Gründemann, 54 Jahre, POK (pf), verheiratet, 1978 Eintritt in den Dienst der Landespolizei. Eutin:

„Es gibt unzählige Schwerpunkte für ein Engagement im Hauptpersonalrat der Polizei. So müssen wir uns bei unserer täglichen Arbeit immer wieder kontrollieren, ob wir die Kolleginnen und Kollegen im ‚operativen Dienst‘ oder ‚Helden des Alltags‘, wie es Dr. Pfeiffer im Zusammenhang mit der Untersuchung von ‚Gewalt gegen Polizeibeamte‘ formulierte, genügend im Auge haben. Mein erster Schwerpunkt: Wir müssen weiter an einer angemessenen Karriereperspektive arbeiten. Gerade der Streifen-, Einsatz- und Ermittlungsdienst sorgt für das gute Renommee der Polizei in der Öffentlichkeit. Andererseits ist es für mich aber genauso wichtig, für die alltägliche Aufgabenwahrnehmung der Kolleginnen und Kollegen auch die bestmöglichen Rahmenbeziehungsweise Arbeitsbedingungen sowie eine angemessene Personalausstattung zu schaffen. Dazu gehören beispielsweise auch Ausstattungs- und Ausrüstungsfragen und vor allem die Sicherheit und Fürsorge, die in unserem Beruf gebraucht wird. Vergessen werden dürfen aber auch nicht die zahlreichen engagierten Kolleginnen und Kollegen des Allgemeinen Dienstes, ohne die vieles in der Landespolizei nicht funktionieren würde.“

Axel Dunst, 54 Jahre, EPHK, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, Eutin. PD AFB Eutin:

„Die Initialen meiner Dienststelle sagen eigentlich schon sehr viel über meine Aufgabenschwerpunkte. Natürlich sind mir Aus- und Fortbildung und die Bereitschaftspolizei besonders wichtig. Eine moderne Aus- und Fortbildung braucht gute Rahmenbedingungen – die haben wir momentan nicht! Der Begriff Bereitschaftspolizei ist längst überholt! Wir halten uns nicht bereit – wir und auch Nordlicht sind ständig im Einsatz!“

Um diese Themen möchte ich mich ebenso bemühen wie um Gesundheitsmanagement, Personalentwicklung

und Führungskräftetraining. Mein gewerkschaftliches Engagement weitet dabei meinen Blick, erhöht mein Wissen und ist damit eine wichtige Grundlage meiner bisherigen Personalratsarbeit.

Und bei all dem ist mir eins wichtig: ‚Der Mensch steht im Mittelpunkt aller Betrachtungen!‘“

Torsten Jäger, 51 Jahre, PHK, Kiel. Seit zwölf Jahren in zweiter Ehe verheiratet, fünf Kinder. PD Neumünster:

„Für die Landespolizei Schleswig-Holstein sind ca. 8300 Kolleginnen und Kollegen tätig. Sie arbeiten als Vollzugs-, Verwaltungsbeamte, als Tarifbeschäftigte oder befinden sich noch in der Ausbildung, sie gehören unterschiedlichen Laufbahnschnitten, Einstiegsämtern, Statusämtern oder Eingruppierungsstufen an, sie wirken in unterschiedlichen Laufbahnzweigen (Kripo, Schupo und WSP). Differente Dienstzeitformen, ländlicher oder städtischer Dienst, alles gehört zur Landespolizei Schleswig-Holstein. Ich habe die Grundüberzeugung, dass alle Kolleginnen und Kollegen am gleichen Ziel, in die gleiche Richtung arbeiten, alle zusammen das Bild der Landespolizei prägen. Insofern möchte ich weiterhin versuchen, bei der Gestaltung der Organisationsbedingungen im Rahmen der Beteiligung und Mitbestimmung einzuwirken. Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen darf dabei keine Floskel sein sondern muss an erster Stelle stehen! Innerdienstliches Neid- und Konkurrenzdenken sind mir zu wider, insofern versuche ich aufgaben- und menschenorientiert zu denken und zu handeln. Reinem Sparten- oder Laufbahndenken will ich nicht folgen, dieses ist auf Dauer nicht erfolversprechend. Personalräte und Gewerkschaften bedingen sich gegenseitig, insofern ist es mir ein besonderes Anliegen gewerkschaftliche und personalrätliche Arbeit im Rahmen rechtlicher Bedingungen miteinander zu verbinden.“

Ludger Mers, 53 Jahre, EPHK, Otten-dorf, unverheiratet, zwei Kinder. PD Kiel:

„Ich möchte auch weiterhin im HPR konstruktiv kritisch die aktuellen Themen der Landespolizei mitgestalten; deshalb kandidiere ich erneut für den

HPR. Die Landespolizei befindet sich fortwährend in der Umgestaltung. Hier gilt es, die Interessen der Beschäftigten im vorstehenden Sinne zu vertreten. Neben den vielen „normalen“ Themen, die der HPR für die Landespolizei mitbestimmt, habe ich mich dort schwerpunktmäßig mit den Fragen zum Arbeitszeitsrecht (inkl. SP-Expert) und den Themen um die Regionalstellen (inkl. DigiFu) befasst. Zudem bin ich auch mit zuständig für die Bearbeitung von Organisationsänderungen. Personalräte bestimmen bei allen Maßnahmen der Dienststelle mit. Sie sorgen dafür, dass geltende Gesetze, Verordnungen und andere Vorschriften



beachtet und Maßnahmen durchgeführt werden, die der Dienststelle und ihren Beschäftigten dienen. Daher ist es wichtig, eine starke Personalvertretung zu haben, denn sie kann die Beschäftigteninteressen erfolgreich vertreten. Die GdP unterstützt durch ihr Wissen und ihre Kompetenz die Personalräte und macht sie stark – Deshalb kandidiere ich auf der GdP-Liste.“

Jan Schmidt, 25 Jahre verheiratet. Polizeimeister, Eutin. PD Neumünster:

„Die Motivation, sich als Kandidat für den HPR aufstellen zu lassen, rührt von meiner Arbeit in der Jungen Gruppe der GdP her. Ich empfinde es als wichtig, dass im Personalrat die gesamte Bandbreite (Frauen, junge Kollegen, Wasserschutz-, Schutz- und Kriminalpolizei, Beamte, Tarifbeschäftigte) an Kolleginnen und Kollegen vertreten ist und stelle mich deswegen, insbesondere als Vertreter für die jüngeren Kollegen zur Wahl.“

Michael Koettlitz, 57 Jahre, EKHK, verheiratet, drei erwachsene Kinder aus erster Ehe. Kreis Plön:

„Im Hauptpersonalrat der Polizei möchte ich meine gesamte Lebens- und Berufserfahrung in diversen Funktionen für alle Beschäftigten der Landespolizei einbringen. Besonderes Fachwissen besitze ich für den Bereich der Kriminalpolizei. Ich sehe mich als Teamplayer. Es zählt der Mensch, nicht die Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder der Dienstgrad. Im Hauptperso-



PERSONALRATSWAHLEN

narat sehe ich die Möglichkeit, die immer wieder notwendigen Veränderungen und Anpassung unserer Landespolizei mitzugestalten und sinnvoll und verträglich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umzusetzen. Für mich gilt die Verzahnung von Gewerkschaftsarbeit auf der einen und Personalratstätigkeit auf der anderen Seite; das ergänzt sich. Durch meine jahrelange Berufstätigkeit und Gewerkschaftsarbeit bin ich sehr gut im Land vernetzt. Dieses Netzwerk werde ich für die HPR-Arbeit nutzen. Eine für alle – Tarifbeschäftigte, Beamtinnen und Beamte, ob Verwaltung oder Vollzug – unsere GdP!“

TARIF:

Norina Gloy-Leinweber, Angestellte im LPA, 53 Jahre, geschieden, eine erwachsene Tochter und eine Enkeltochter, Lütjenburg.

„Das MBG gibt uns das Recht und Chance mitzubestimmen. Nehmt euer

Recht wahr und wählt den Personalrat eures Vertrauens, damit ihr gut vertreten seid. Meine Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, es geht auch etwas für Tarif. Wir haben die neue Entgeltordnung umgesetzt und durch aktuelle Tätigkeitsbeschreibungen Höhergruppierungen erreicht. Ich möchte mich weiterhin dafür einsetzen, dass der § 5 Qualifizierung und Personalentwicklung im TV-L noch besser umgesetzt wird und damit Perspektiven geschaffen werden. Ich stelle mich zur Wahl, da ich weiterhin mein Wissen und meine persönlichen Stärken für die Beschäftigten der Landespolizei einsetzen möchte. Mitbestimmen, Verantwortung übernehmen und Euch gut vertreten!“

Heinz Möllers, 55 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, Plön. Angestellter im Servicepoint der PD AFB.

„Die Arbeit zusammen mit Norina Gloy-Leinweber im Hauptpersonalrat der Polizei macht mir viel Freude. Ich habe aber auch gelernt, dass man

nicht immer alle Ideen oder auch Wünsche der Mitarbeiter umsetzen kann und man bereit sein muss, auch Kompromisse einzugehen. Ich fühle mich in meiner Polizei gut eingebunden. Und das Zusammenspiel der einzelnen Gruppen wie Kripo, Schutzpolizei, Wasserschutz und Tarifbeschäftigte funktioniert gut. Ich möchte gerne meine Arbeit im HPR fortsetzen, um mein erworbenes Wissen für die Vertretung der Beschäftigten ‚Tarif‘ der Landespolizei Schleswig-Holstein weiter einsetzen zu können. Es ist wichtig, dass die Gruppe der Beschäftigten innerhalb der Landespolizei Schleswig-Holstein gut aufgestellt ist und die geleistete Arbeit auch zur Kenntnis genommen wird. Meine Themenschwerpunkte möchte ich in der kommenden Wahlperiode besonders im Bereich der tariflichen Eingruppierung, dem Wegfall befristeter Stellen und dem BGM setzen“.

Anzeige



Lust auf Ostsee und Oslo?

ab 169 €

Herzlich willkommen auf der M/S Color Fantasy oder M/S Color Magic! Genießen Sie das faszinierende Ambiente auf den weltweit größten Kreuzfahrtschiffen mit Autodeck.

Sie wohnen in komfortablen 3-Sterne-Doppel-/2-Bettkabinen mit Dusche/WC, Minibar, TV, Telefon und Föhn.

Preise:

3 Tage	ab 169,- €
Außenkabine	zzgl. 56,- €
Einzelkabine	ab + 80,- €
Stadtrundfahrt Oslo	zzgl. 38,- €

Leistungen:

- Schiffsreise Kiel-Oslo-Kiel
- 2 Übernachtungen in gebuchter Kabine
- 2x Frühstücksbuffet
- 2x skandinavisches Schlemmerbuffet

Abfahrten: täglich

z.B. ab Kiel: 20.05.15, 25.05.15, 22.06.15, 31.08.15, 02.09.15, 06.09.15, 13.09.15, 04.10.15

Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.



Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Color Line GmbH · Norwegenkai · 24143 Kiel



Polizei wird für Bürger in die Bresche springen

Anmerkungen zum Polizeieinsatz beim G7-Außenministertreffen – Von Thomas Gründemann

In wenigen Tagen steht der Landespolizei in Lübeck ein Einsatz ins Haus, der in seiner Dimension in jüngster Geschichte in Schleswig-Holstein wohl seinesgleichen sucht. Für das G7-Treffen der wichtigsten Außenminister werden 3.300 Polizisten aus ganz Deutschland, 1.700 davon aus dem „echten Norden“, zwei Tage die Sicherheit in der Hansestadt gewährleisten.

Damit erwartet die Einsatzführung um den Leitenden Polizeidirektor Heiko Hüttmann und seinem Vertreter, dem langjährigen Chef der Eutiner Einsatzhundertschaft, Ulf Witt, eine große Herausforderung. Sie müssen mit den eingesetzten Kräften dafür Sorge tragen, dass der Gipfel, der im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit stehen wird, ohne Probleme störungsfrei über die Bühne gebracht wird. Gleichzeitig ist für die Polizei zu gewährleisten, dass dem grundgesetzlichen Anspruch auf Versammlungsfreiheit Rechnung getragen wird. Denn der Gipfel wird erwartungsgemäß von Demonstrationen und Protestveranstaltungen begleitet.

Ja, es gibt auch während des Außenministertreffens eine Legitimation für Protest. Eine Legitimation für Gewalt gibt es jedoch nicht! Wie so oft bei derartigen Events haben auch linke Autonome die Vorbereitungen für „ihren Gipfel“ aufgenommen, um sich unerkannt, aber dafür in bekannter Manier unter friedliche Demonstrationen zu mischen, um mal wieder „zu ihrem Spaß zu kommen“ und das politische Großereignis für gewalttätige Auseinandersetzungen zu nutzen. Entsprechende Blockadeankündigungen im Internet lassen jedenfalls Böses ahnen. Spätestens wenn die ersten Auseinandersetzungen dann Realität werden, sind es die Kolleginnen und Kollegen im unmittelbaren Einsatzgeschehen vor Ort, die „ihre Haut zu Markte tragen“ müssen. Nicht genug, dass sie ohnehin für den Gipfelausgang zusätzlichen Belastungen ausgesetzt sind und Überstunden ohne Ende machen müssen. Nein, sie sind es auch, gegen die sich die zu erwartenden Aggressionen der Gewalttäter richten werden.

Dennoch: Die Polizei wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um gewalt-



Im Dialog: Der Leitende Polizeidirektor Heiko Hüttmann erläuterte dem Geschäftsführenden GdP-Landesvorstand um Manfred Börner detailliert den Stand der Einsatzplanungen für das G7-Außenministertreffen. **Foto: Thomas Gründemann**

same Aktionen im Keim zu ersticken und die Einschränkungen in der Hansestadt möglichst gering zu halten. Fest steht: Die Landespolizei dürfte auf alle Eventualitäten eingestellt sein. Dies insbesondere auch, weil Hüttmann und Co. über viele Jahre bei der erfolgreichen Bewältigung der heiklen „Rechts-Links-Einsätze“ Erfahrung sammeln konnten.

Die GdP ist sich sicher, dass die Landespolizei den Einsatz wieder mit größtmöglicher Professionalität erfolgreich bewältigen wird. Allen täglichen Belastungen zum Trotz, werden die Kolleginnen und Kollegen ihre Frau und ihren Mann stehen. Es ist schon bewundernswert, wo diese immer wieder ihre Motivation herholen. Ein außergewöhnliches Berufsethos, vermischt mit einem bemerkenswerten Geist von Kollegialität und Geschlossenheit, sind hierfür offenbar die Grundlagen. Und nicht zuletzt ist es die Masse der friedvollen Bürgerinnen und Bürger, für die Polizisten, unzählige von ihnen in den untersten Besoldungsgruppen, immer wieder in die Bresche springen. Denn die Bürgerinnen und Bürger sind unsere Verbündeten, was sich im Alltagsgeschäft, aber auch immer wieder in Umfragen ausdrückt, in dem der Polizei ein großer Vertrauensvorschuss attestiert wird.

So bleibt nur zu hoffen, dass die Gesellschaft und allem voran die Politik –

sowohl in der Regierung als auch in der Opposition – während und nach dem schwierigen Einsatz der Polizei moralisch den Rücken stärken werden.

Anzeige

Reise ins Rheingau: Boppard, Koblenz und Gau-Algesheim

– 17. bis 20. September 2015 –

KIEL. Zum vierten Mal machen wir uns auf, um einige schöne Tage im Rheingau zu verbringen. Im Zentrum steht eine Weinberg-Wanderung bei „unserem“ Weingut Weber in Gau-Algesheim. Wir wohnen im Hotel „Rheinlust“ in Boppard direkt am Rhein. Zum Programm gehört ein Besuch in der alten deutschen Stadt Koblenz.

Folgenden Leistungen sind enthalten im Preis von: 330 € (Einzelzimmer: + 50 €)

Mindestteilnehmer: 35 Personen, max. 52; Änderungen bleiben vorbehalten; Bus: Rohwer, Flintbek. Es gelten die Reisebedingungen von PSW-Reisen

PSW-Reisen

– Das Reisebüro der GdP –

Telefon 0431-17093/Telefax 04 31-1 70 92, Telefon 04 51-5 02 17 36/Telefax 04 51-5 02 17 58

E-Mail: psw-reisen.kiel@t-online.de
E-Mail: psw-reisen.luebeck@t-online.de





Israel pur erleben

ab
€1.070

1. September bis 8. September 2015

PSW-Gruppenreise

Preis pro Person

im Doppelzimmer	ab 1.070,- €
EZ-Zuschlag	235,- €
Zuschlag HP	60,- €

Fakultativer Ausflug

Totes Meer und Massada (6. Tag)	75,- €
---------------------------------	--------

Preise inklusive Flüge mit Turkish Airlines

1. September Flug ab Hamburg via Istanbul nach Tel Aviv – Abflug 07.05 Uhr / Ankunft 14.45 Uhr (Ortszeiten)
8. September Flug ab Tel Aviv via Istanbul nach Hamburg – Abflug 15.45 Uhr / Ankunft 21.25 (Ortszeiten)

Alle Flugzeiten unverbindlich.

Ihre Hotels

Tel Aviv 1 Nacht im Hotel Sea Net
Tiberias 2 Nächte im Hotel Berger
Bethlehem 4 Nächte im Hotel Nativity Bells
alle Hotels 3-Sterne-Landeskategorie

Reiseverlauf

1. Tag Anreise Tel Aviv
2. Tag Tel Aviv - Tiberias
3. Tag See Genezareth
4. Tag Tiberias - Bethlehem
5. Tag Bethlehem und Jerusalem
6. Tag Totes Meer und Masada
7. Tag Jerusalem
8. Tag Rückreise

Leistungen, die überzeugen

- Zug zum Flug (www.Gebeco.de/zug-zum-flug)
- Flug ab/bis Hamburg nach/von Tel Aviv via Istanbul mit Turkish Airlines
- Inklusive Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flughafensicherheitsgebühren
- Transfers/Rundreise/Ausflüge im komfortablen Reisebus mit Klimaanlage
- Deutsch sprechende Gebeco Reiseleitung
- Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- Bootsfahrt auf dem See Genezareth
- Palästinensischer Reiseleiter in Bethlehem
- Möglichkeit zum Baden im Toten Meer
- Alle Eintrittsgelder
- 7 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC), Hotels meist mit Klimaanlage
- 7 x Frühstück
- Umfangreiche Gebeco Reiseinformationen
- Ausgewählte Reiseliteratur
- PSW-Reisebegleitung



Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Hinweis: Es gelten Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel. Mindestteilnehmerzahl für die Gruppenreise und den fakultativen Ausflug: 20 Personen.

Reiseverlauf gilt vorbehaltlich Verfügbarkeit. Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten

Verbesserungen nach oben möglich

KIEL. Traditionell Anfang März tritt der Innenminister vor die Presse und gibt die Zahlen der Kriminalstatistik des Vorjahres bekannt. So auch 2015. Stefan Studd führte darin aus, dass im Berichtszeitraum etwas mehr Straftaten zu verzeichnen waren, die Aufklärungsquote höher geworden ist und die Jugendkriminalität weniger zu Buche schlägt. Das ist auch die Stunde von Polizeipolitikern und Interessenverbänden, sich zu Wort zu melden. Je nach Lager fallen die Reaktionen aus: Koalitionspolitiker erkennen viel Gutes, Oppositionspolitiker genau das Gegenteil. Für die GdP ist es auch die Stunde, um Bilanz zu ziehen. Doch die Kriminalstatistik ist noch in einem besonderen Licht zu sehen.

Nach vier aufeinanderfolgenden Jahren mit rückläufiger Kriminalität ist die Zahl der Straftaten erstmals wieder leicht gestiegen. Die Polizei registrierte 2014 insgesamt 202 301 Delikte, 1,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Jede zweite Tat konnte aufgeklärt werden. 2014 entfielen rechnerisch 7184 Straftaten auf 100 000 Einwohner, 2013 lautete die Häufigkeitszahl 7125.

Fast überall rückläufige Zahlen – Mehr Brandstiftungen und Raub

In nahezu allen Deliktgruppen nahmen die Fallzahlen ab: 1,1 Prozent weniger Rohheitsdelikte, ein leichter Rückgang um 0,3 Prozent bei den Diebstählen und die Vermögens- und Fälschungsdelikte nahmen um 2,9 Prozent ab. Die Gewaltkriminalität sank um ein Prozent. Auch die Fälle von Sachbeschädigung verringerten sich um 1,7 Prozent. Bei der vorsätzlichen Brandstiftung stiegen die Fallzahlen um 78 oder 13,4 Prozent. Vorwiegend Autos und Wohnhäuser wurden angezündet. Mehrere Brandserien und Großbrände konnten aufgeklärt werden. Raubdelikte nahmen um 4,9 Prozent oder 69 Taten zu. Mit insgesamt 1489 Delikten haben Raub und räuberische Erpressung allerdings nur einen eher geringen Anteil an der Gesamtkriminalität.

Anstieg der Einbruchszahlen gestoppt

Das im Herbst 2012 gestartete landesweite Konzept der Polizei zur Be-

kämpfung von Wohnungseinbrüchen zeigt nach Überzeugung des Ministers erste Erfolge. In 2014 gab es erneut keinen weiteren Anstieg der Einbruchszahlen. Die Aufklärungsquote ist 2014 gegenüber 2013 von 10,2 Prozent auf 12,6 Prozent gestiegen. Die Höchstzahl an Wohnungseinbrüchen in den vergangenen zehn Jahren gab es 2012 mit 7654 Delikten.

Dennoch bleibt der Innenminister in seiner Beurteilung der Lage und weiteren Entwicklung zurückhaltend. Auch wenn der fortgesetzte Anstieg der Einbruchszahlen gestoppt werden konnte, bestehe kein Grund zur Entwarnung. Die Fallzahlen bewegten sich nach wie vor auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Schwerpunkt: Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls

„Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls wird auch zukünftig ein Schwerpunkt in der Polizeiarbeit sein“, kündigte der Minister an. Die damit verbundenen flächendeckenden enormen personellen Anstrengungen dürften angesichts der erheblichen Eingriffe in den persönlichen Lebensbereich der Opfer und der damit einhergehenden Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung ebenso erforderlich wie gerechtfertigt sein.

Politische Reaktionen

Die Reaktion von Simone Lange, SPD: „Positive Entwicklung, aber keine Entwarnung.“ Sie schlug allerdings noch eine weitere Seite auf, die bisher nicht Bestandteil der Presseerklärung des Innenministers war: Den beabsichtigten Stellenabbau. Den kommentierte sie wie folgt: „Durch die Optimierungsgewinne beim Landespolizeiamt und der Wasserschutzpolizei können zusätzliche Ressourcen für die Bekämpfung von Cybercrime und Wohnungseinbruchskriminalität bereitgestellt werden.“

Burkhard Peters von Bündnis 90/ Die Grünen in der gleichen Diktion: „Der erst ab 2018 wirksam werdende Stellenabbau von 122 Stellen bei der Landespolizei wird den Bereich Einsatz und Ermittlung überhaupt nicht

tangieren, und das ist gut so.“ Ganz anders Dr. Ekkehard Klug von der FDP-Fraktion: „Wir brauchen in Schleswig-Holstein eine stärkere Polizeipräsenz, ein Ende der Stellenabbaupläne und die Schließung der sogenannten ‚strategischen Lücke‘, d. h. die Ausfinanzierung von 160 derzeit nicht besetzten Stellen bei der Landespolizei.“

Dr. Axel Bernstein, Polizeisprecher der CDU: „Wenn die Landesregierung an ihren Kürzungsplänen weiter festhalte, werde dies mit hoher Wahrscheinlichkeit zulasten der Aufklärungsquote von Straftaten gehen. Damit sich die Bürgerinnen und Bürger weiterhin in Schleswig-Holstein sicher fühlen, müsse die Präsenz der Polizei – auch in der Fläche – sichergestellt werden.“

Manfred Börner von der GdP: „Wir müssen wieder dahin kommen, dass das Verhüten von Straftaten Priorität besitzt und die Verfolgung notwendiges Übel ist. Dazu gehört es, dass wir politische Rahmenbedingungen schaffen und polizeilich alles tun, damit sich Bürger auf ihren Staat, der für ihre Sicherheit da ist, verlassen können. Mit weniger Personal geht das auf keinen Fall.“ **rr**

Siehe auch Kommentar auf Seite 9.

REGIONAL-GRUPPENTERMIN

Einladung!

**Schleswig-Flensburg
Preisschießen am Freitag, 8. Mai 2015, 14.30 Uhr, in Fahrdorf, Schützenheim.** Anmeldungen bitte bis 5. Mai 2015 an: Michael Carstensen, E-Mail: Michael.Carstensen@polizei.landsh.de, Tel.: 04 61-4 84 25 01.



VERSORGUNGS AUSGLEICH**Teuer, aber auch richtig?**

Im Mai 2014 wurde bereits über das schwierige und „teure“ Thema Versorgungsausgleich im Landesteil der DP berichtet. Es folgte am 13. Mai 2014 eine Info-Veranstaltung, die sehr gut besucht war und in der Folgezeit zu einer Vielzahl von Rückfragen und Lösungen von Problemen führte. Es bestehen auch weiterhin großer Handlungsbedarf und teilweise noch immer erhebliche Wissensdefizite. Aus diesen Gründen sollen die Mitglieder der GdP – und solche, die es werden sollten – erneut die Möglichkeit haben, sich auf einer Info-Veranstaltung im April 2015 zu informieren und zu ihren konkreten Fällen Fragen zu stellen und Antworten zu erhalten.

Die Erfahrung von weit über Tausend Versorgungsausgleichsverfahren hat hier zu den Erkenntnissen geführt, dass grundsätzliche **Fehler bereits im Scheidungsverfahren** selbst gemacht werden, dass das neue Versorgungsausgleichsrecht Beamte – insbesondere Beamtinnen! – teilweise ganz massiv benachteiligt und bereits hier „aufgepasst“ werden muss. Fehler im Scheidungsverfahren selbst lassen sich später vielfach nicht reparieren! Auch in jungen Jahren ist dieses Thema wichtig, da fast jede zweite Ehe geschieden wird: **rien ne va plus!**



Fachanwalt Bernd Stege Foto: Gründemann

Es sollen die verschiedenen Möglichkeiten zu **Vereinbarungen** zum Versorgungsausgleich angesprochen werden, z. B. Gesamtsaldierung, Teilsaldierung, ½ Haus gegen Verzicht auf den Versorgungsausgleich. Es können ferner bei einem richtigen Umgang mit dem Thema über Jahre ganz erhebliche Steuerersparnisse erzielt werden. Aufwendungen zur Abwendung der Kürzung der Versorgung können Beamte/-innen steuerlich geltend machen. Bei der aktuellen Zinspolitik ein gutes Geschäft.

Ein weiterer Schwerpunkt zum Tätigwerden sind jene Fälle, in denen der/die Beamte/-in in den Ruhestand tritt und bis dato noch **Unterhalt** zu zahlen hatte. Auch hier gibt es vielfach Lösungen, aber auch zwingende Handlungsnotwendigkeiten. Gleiches gilt für Fälle des **Versterbens des geschiedenen Ehepartners**. Es besteht dann immer sofortiger Handlungsbedarf. Die 36-Monats-Regelung aus § 37 VersAusglG als Grenze für eine zukünftige Aufhebung der Kürzung kann in einer Vielzahl von Fällen „umschiffen“ werden mit dem Ergebnis, dass auch in jenen Fällen eines Leistungsbezuges von mehr als 36 Monaten durch den verstorbenen geschiedenen Ehepartner ein Versorgungsausgleich gar nicht mehr stattfindet. Dieses führt dann vielfach zu 700 € bis 1100 € mehr auf den kommenden Bezügemittlungen.

Letztlich sollen auch die **Risikofälle bei vorzeitigem Ruhestand** besprochen werden. Hier sollte niemand ohne fundierten juristischen Rat selbst tätig werden.

Die Info-Veranstaltung am **Mittwoch, 29. April 2015, 15.30 Uhr (das DP-Landesjournal berichtete in März-Ausgabe)** wird keine Vorlesung für Volljuristen sein, sondern den aktiven Mitgliedern und Senioren ermöglichen, Risiken zu erkennen und Chancen zu nutzen sowie Fragen zu stellen.

Bernd Stege, Rechtsanwalt,
rastege@bremen.de

KRIMINALSTATISTIK 2014**Kommentar**

Von Karl-Hermann Rehr

Eine Kriminalstatistik dient zum Innehalten und Nachdenken, sie ist Anlass, über politische Schritte nachzudenken, sie zu bewerten und fortzuentwickeln. Die Kriminalstatistik ist weder Heilige Schrift noch kann man sie unberücksichtigt lassen. Sie dient aber als Stichwortgeber für politische Forderungen, für Bilanzen und Schlussfolgerungen. Und das muss auch klar gesagt werden: In der Statistik finden sich nur angezeigte Straftaten. Fachleute gehen von einer hohen Dunkelziffer aus. Gerade der Bereich von Cyberkriminalität dürfte als hohes Dunkelzifferfeld genannt werden.

Die Versuchung für Parlamentarier ist immer wieder groß. So auch der

beiden Koalitionspolitiker Lange und Peters, sich zum geplanten Stellenabbau bei dieser Gelegenheit zu äußern. Und beide greifen daneben. Sie erwecken nämlich den Eindruck, dass nach dem Stellenabbau alles besser werde.

Der Stellenabbau aber ist aufgrund der vom Landtag beschlossenen Schuldenbremse eingeführt worden, und nicht, um eine Verbesserung für Strafverfolgung und Polizei zu erwirken. Wenn die Politiker nur einfach dazu stehen würden, könnte man, wenn auch schlecht, damit leben. Das wäre zumindest lauter und ehrlich.

Denn die Belastung der Polizei schon heute zeigt, dass der Perso-

nalansatz viel zu niedrig ist. Nicht von ungefähr kommt es, dass die Vorgängerregierung eine Lücke von mindestens 160 Stellen festgestellt hat. Die jetzige Regierung hat dem bekanntlicherweise noch einen draufgesetzt, und bis 2020 weitere 282 Stellen zum Streichen freigegeben. Die Gewerkschaft der Polizei hat dies stets als schweren politischen Fehler bezeichnet. Er wird sich rächen.

In die Sicherheitslage eingeflossen sind bisher (kaum) die Veränderungen, die schleswig-holsteinische Gesellschaft durch die Zuwanderungs- und Flüchtlingssituation erleben wird.

Fortsetzung auf Seite 10



KRIMINALSTATISTIK 2014

Fortsetzung von Seite 9

20 000 und mehr Flüchtlinge werden ins Land kommen. Dies hat auch Auswirkungen auf die Sicherheitssituation. Und ihr kann man nicht mit Stellenabbau begegnen. Das ich fachlich falsch, das ist politisch falsch.

Ein Wort noch zur Statistik: Die Vergleichbarkeit unter den Bundesländern ist nur bedingt gegeben. Jedes Land hat in bestimmten Deliktsfeldern eigene Zählmethoden. Unterschiede gibt es zum Beispiel nach wie vor bei den Auslandstaten.

Einigkeit unter den Ländern besteht bei Einbrüchen in Häusern und Wohnungen. Auch wenn Innenminister Studd einen Stopp der Einbruchskriminalität erkennen will, so wird dies von Fachleuten nicht geteilt. Ganze fünf Einbrüche weniger waren 2014 zu verzeichnen. Riskant, darüber so zu sprechen.

Schon die ersten Zahlen von 2015 lassen den vom Innenminister prognostizierten Trend offensichtlich nicht wahr werden. Erfreulich jedoch der leichte Anstieg der Aufklärungsquote von 10,2 auf 12,6. Aller-

dings eine schlechte Aufklärung auf hohem Niveau. Das bedeutet nämlich, von acht Einbrüchen werden sieben nicht aufgeklärt. Das von der Landespolizei aufgestellte Konzept gegen Wohnungseinbrüche ist richtig, aber ist zu kurzgehalten. Helfen wird eine regelmäßige sichtbare Bestreifung von Wohnquartieren. Dies ist Aufgabe des Staates und nicht von privat organisierten Vereinigungen.

Der Staat hat dafür Personal und Organisation bereitzustellen. Und niemand anders.

AUS DEN REGIONALGRUPPEN**„Wir sind 1000!“**

GdP-Begrüßungsparty war ein Erfolg

Eutin – Auch die Tatsache, dass statt der geplanten 50 Neueinstellungen zum 1. Februar 2015 nur 47 eingestellt werden konnten, hinderte die Regionalgruppe AFB und die JUNGE GRUPPE der GdP natürlich nicht daran, die neuen Kolleginnen und Kollegen mit einer Begrüßungsparty willkommen zu heißen. Dabei traf es sich natürlich gut, dass Anfang Februar auch der Einstellungsjahrgang des gehobenen Dienstes 2014 sein Grundpraktikum in der PD AFB begann. Berührungängste Fehl-anzeige! „Die Party stand dabei diesmal unter einem ganz besonderen Stern,“ freute sich der Regionalgruppenvorsitzende Axel Dunst. „Seit Langem haben wir diese Mitgliederzahl anvisiert. Mit den Neueintritten im Februar ist es jetzt gelungen. Die RG AFB

hat (über) 1000 Mitglieder. Damit sind wir zwar noch nicht die stärkste Regionalgruppe, aber wir arbeiten daran,“ sagte Axel Dunst mit einem Augenzwinkern.

Aus Anlass des 1000. Mitgliedes wurden dann im Rahmen der Begrüßungsparty drei Reisegutscheine im Wert von je 100 Euro unter den neu Eingetretenen verlost.



Jan Schmidt, Vorsitzender der JUNGEN GRUPPE (l.), und seine Stellvertreterin Kathi Kniejski (r.) beglückwünschte die neuen GdP-Mitglieder Melanie von Riegen, Sophie-Cara Griese und Jeffrey Steinbeck.



LANDESPOLITIK

Besuch bei der SPD-Landtagsfraktion

– Organisation und Versammlungsrecht im Vordergrund –

KIEL. Eine Premiere gab es am 17. Februar 2015. SPD-Landes-Chef und Fraktionsvorsitzender Ralf Stegner hatten die Spitzen der GdP und des Hauptpersonalrates der Polizei ins Landeshaus geladen. Zu besprechen gab es viel. Dabei standen Organisationsfragen, die Belastung der Landespolizei, aber auch das noch zu verabschiedende Versammlungsrecht im Vordergrund der Erörterung. GdP-Landesvorsitzender Manfred Börner lobte die Fraktion wegen ihrer Initiative zur Verbesserung der Erschwerniszulagenverordnung und der Einrichtung eines Fonds für nicht vollstreckbare Schmerzensgeldtitel.

Insgesamt beteiligten sich 15 Abgeordnete der Fraktion an dem Meinungsaustausch, an dessen Ende ein Folgetreffen vereinbart wurde. Torsten Jäger, Stellvertretender GdP-Landesvorsitzender, referierte die Ergebnisse der Belastungskonferenz vom 27. November 2014. Er stellte dabei die personelle Last anhand der Ergebnisse der Fragebogenaktion vor: Nicht planbare Dienste, Ad-hoc-Einsätze neben Vereinbarkeit von Familie und Beruf, unter denen vor allem Frauen



Im Austausch: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner und seine Stellvertreterin Serpil Midyatli mit dem GdP-Landesvorsitzenden Manfred Börner und dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der Polizei, Andreas Kropius.

Foto: Thomas Gründemann

zu leiden hätten. Fehlende Respektlosigkeit und Gewalt im Alltag waren Ergebnisse dieses Fragebogens. Mit der Fraktion wurde verabredet, einen vertiefenden Diskurs zu führen. Ein weiteres Thema war die Organisation der Landespolizei und ob Dienststellen, die kleiner als fünf Beamtinnen/Beamte stark sind, prinzipiell geschlossen werden sollen. Simone Lange, Polizeipolitische Sprecherin der Fraktion, stellte für ihr Gremium deut-

lich klar, dass die Fraktion kein Interesse an solchen Maßnahmen hat.

Ein weiteres Thema war das noch zu beschließende Versammlungsrecht. Die endgültige Beschlussfassung in einer zweiten Lesung des Landtages steht noch aus. Die GdP hatte sich in einer breit angelegten Anhörung sehr dezidiert geäußert. Nun wurde ein weiteres Arbeitstreffen mit Fraktionspolitikern verabredet. **rr**

GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren zur Beförderung

zum Ersten Polizeihauptkommissar

Harald Waldhör, RG Kiel-Plön

zum Justizamtsrat

Dr. Reinhard, Spieß, RG Justizvollzug

zum Kriminalhauptkommissar A 12

Stefan Trapp, RG Kiel-Plön

zum Polizeihauptkommissar

Jens Schröder, RG Kiel-Plön

zum/zur Polizeioberkommissar/-in

Kai Diedrichsen, RG Kiel-Plön

zum Justizamtsinspektor

Sven Lenzner, Henning Ohrt, Michael Schäfer, RG Justizvollzug

zum/zur Justizhauptsekretär/-in

Nicole Arndt, Benjamin Danker, Pierre Pöhls, Sven Schömburg, Alexander Schön, Jessica Stegmann, Stefan Zarbock, RG Justizvollzug

zum/zur Polizeimeister/-in

Rico Abraham, Säleyman Akyüz, Tim Bannick, Sabrina Behrens, Timon Behrens, Johanna Berger, Tim Berneike, Christian Beuck, Tim Bretthauer, Mai-

ke Buß, Dennis Callies, Alexander Cardini, Cindy Diekmann, Dmitrij Elaging, Christopher Fischer, Robin Gülzow, Tim Heerhold, Alena Hein, Lena Helfer, Juliane Henk, Kevin Heutmann, Tobias Höpfner, Malte Hosse, Conni Hüttmann, Marius Jäger, Philipp Jagelle, Kevin Jordan, Charlene Kainz, Felix Karow, Tjorben Kasch, Malik Imran Khokhar, Philipp Kiesbye, Max Klingler, Matthias Kohn, Nils Krogmann, Jonas Künnemann, Marc Lindenberger, Nils Magosch, Sven Mattheießen, Viktoria Mayer, Tino Mertschuweit, Stephan Meyer, Svenja Marie Meyer, Maximilian Möhl, Alexander Nelde, Tobias Nüser, Frederick Oellrich, Christina Paulsen, Tobias Peitz, Marvin Pervölz, Oliver Petersen, Christian Preuß, Tobias Pützschler, Frederic Reher, Finn Rehwinkel, Christian Retzar, Madiuta Franziska Rieve, Linn Rinner, Malte Rittersdorf, Anna Schäwe, Tristan

Schmidt, Sarah Schnoor, Nathalie Schön, Carsten Schumann, Marco Stöhlmacher, Franzisca Isabel Struve, Marci Thon, Anika Trede, Timo Willers, Julia Wirth, Christoph Wittbrot, RG AFB

zur Lebenszeitanstellung

Martin Fehling, Manuel Freitag, Marco Möller, Matthias Neumann, Levke Tölle, RG Justizvollzug

zur bestandenen Laufbahnprüfung

Sven-Ole Blunck, Jana Gräbig, Börn Groth, Nina Hepp, Mathias Huntenburg, Lisa Jensen, Nils Kruse, Simon Kuschick, Betje Mohr, RG Justizvollzug

zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Michael Koettlitz, RG Kiel-Plön

In den Ruhestand traten

Walter Niederschabbehard, RG Lübeck-Ostholstein; Erich Bretthauer, Rita Brandt, Hans-Martin Hansen, Ramona Szczuka, RG Nordfriesland; Martin Garschke, RG Schleswig-Flensburg



Und was sonst noch so war ...

29. Januar

„Einblick“ – Eine Zeitung des DGB, die 14-tägig erscheint und Hintergrundinformationen bietet, beschäftigt sich heute mit der Mitgliederentwicklung des DGB und seiner Gewerkschaften. Von den acht Gewerkschaften konnten drei ein Mitgliederplus verzeichnen. Das waren die IG Metall, die GEW und die GdP. Bundesweit ist der Mitgliederstand der GdP auf knapp 175 000 angestiegen. Auch im Landesbezirk Schleswig-Holstein können positive Zahlen vermerkt werden. So sind vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2014 etwa 10% neue Mitglieder aufgenommen worden. Und auch das ist positiv: Die Mitglieder werden immer jünger und weiblicher.

2. Februar

Erster Tag für neue Anwärterinnen und Anwärter in Eutin. Wegen der hohen Pensionierungszahl wird zum zweiten Mal ein weiterer Einstellungstermin bei der Landespolizei realisiert. Die Junge Gruppe der GdP



begrüßt die neuen Kolleginnen und Kollegen vor dem Eingangstor mit Schultüten. Es werden Fragen beantwortet und „Erste Hilfe“ geleistet. Wehmutstropfen: Für die 50 Anwärterstellen können nur 47 Kolleginnen und Kollegen eingestellt werden. Reservelisten sind erschöpft, weitere Bewerber sind nicht da.

10. Februar

Aus Bremen gibt es ein spannendes Projekt zu berichten. GdP und Werder Bremen vereinbarten einen Workshop: Die Herausforderungen für Polizei, Verein und Fans kamen auf den Tisch. Entscheidungskriterien für den Kräfteansatz für die Polizei, aber auch was wollen und wie verhalten sich Fans, welche Ansprüche haben Spieler und Verein, Fanverhalten und Fan-

kulturen für die Polizei wurden dabei erörtert wie auch ganz einfache Fragen nach zusätzlichen Toiletten bei Einsätzen im Weser-Stadion.

11. Februar

„PolizeiPraxis“ – Eine neue Zeitung aus dem VDP liegt auf dem Tisch. Eine bunte Themenwelt von Arbeitsschutz über Waffen- und Gerätetechnik bis hin zu Kommunikation und Mobilität werden in dem



knapp 60 Seiten starken Heft angesprochen. In dieser Nummer geht es auch um die viel diskutierten Bodycams. Der Autor nimmt einen Systemvergleich vor, spricht Vor- und Nachteile an. Ein weiteres Thema ist die Verpflegung bei großen Einsätzen. Näheres unter www.polizeipraxis.de

19. Februar

19 Uhr, Maritim Hotel Kiel. Das alljährliche Essen für den Hilfs- und Unterstützungsfonds der Polizei ist angesetzt. Der Vorsitzende Klaus Schlie, Landtagspräsident, begrüßt rund 70 Gäste. Ehrengast ist BKA-Präsident a. D. Jörg Ziercke. Diese Art von Wohltätigkeit zahlt sich auch in diesem Jahr aus. Knapp 4000 € bleiben an diesem Abend für diesen Fonds über.

20. Februar

„Der Steuerhelfer“ ist eine Broschüre des Bundesjugendvorstandes. Kevin Komolka, Bundesjugendvorsitzender:

„Die Besonderheiten des Polizeiberufs machen sich nicht nur im beruflichen Alltag, sondern auch bei der Erstellung der jährlichen Einkommensteuererklärung bemerkbar. Der Steuerhelfer lie-



fert nicht nur viele Antworten auf steuerrechtliche Fragen, sondern hilft auch dabei, die zustehenden steuerlichen Vorteile auszuschöpfen.“

Für Mitglieder der Jungen Gruppe (das sind GdP-Kollegen bis 30 Jahre) ist diese Broschüre kostenfrei bei Nicole.Jelinsky@gdp.de abrufbar.

8. März

Weltfrauentag. Imke Kalus und Reimer Kahlke bereisen an diesem Sonntagmorgen die Dienststellen der Polizeidirektion Segeberg-Pinneberg. Sie sprechen die diensthabenden Frauen besonders an und überreichen für Männer und Frauen ein kleines Präsent. Die Reaktionen von Frauen, aber auch von Männern, auf den Spontanbesuch waren äußerst positiv.

17. März

Manfred Börner, Michael Wilksen und ich sitzen mit Abgeordneten der SPD-Fraktion im Kieler Landeshaus zusammen und beraten das neue (föderalisierte) Versammlungsgesetz. Unsere Schwerpunkte liegen bei dem Thema „Entfall der Vorkontrollen und Übersichtsaufnahmen“. Ob wir letztendlich die Abgeordneten überzeugen konnten?

